

# Untersuchungsausschuss zum Neonazi-Terror

**Es gebe „weitere Indizien dafür, dass die Mordserie der Rechtsterroristen des NSU „hätte verhindert, aber mindestens deutlich früher gestoppt werden können“, hatte Bodo Ramelow erklärt und auf den Spiegel verwiesen.**

Das Nachrichtenmagazin hatte berichtet, dass bei dem NSU-Unterstützer Thomas S. bereits im Jahr 2000 eine Hausdurchsuchung stattgefunden hatte – vermutlich wegen dessen Aktivitäten in der neonazistischen Musik- und Vertriebszene sowie seiner Anbindung zur sächsischen Sektion des internationalen Neonazi-Netzwerks Blood & Honour. Dabei sei ein Adressbuch beschlagnahmt worden mit Kontaktdaten zu allen z.Zt. NSU-Verdächtigen, inklusive Zschäpe und Mundlos. Das Adressbuch, so der Spiegel, hätten die sächsischen Behörden ans LKA Thüringen weitergeleitet und man habe nichts mehr davon gehört.

„Warum gab es keine weiteren polizeilichen Maßnahmen?“, fragte Bodo Ramelow und nannte die neuen Enthüllungen einen „weiteren Mosaikstein für das Gesamtbild eines Totalversagens der Sicherheitsbehörden“. Ganz offensichtlich habe es ausreichend Hinweise gegeben, in welchem Kontext sich Zschäpe, Mundlos und Bönhardt bewegten. Der LINKE-Politiker zeigte sich verwundert darüber, dass „die Ende der 90er Jahre mit gigantischem Aufwand betriebene Ermittlungsarbeit von Monat zu Monat nachließ und die Behörden später das Interesse fast ganz verlassen hat“. Diese neuen Indizien werden Gegenstand der Arbeit des Untersuchungsausschusses sein müssen. Martina Renner, Innenpolitikerin der Linksfraktion und stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, kündigte an, sie erwarte in

diesem Zusammenhang insbesondere Auskunft über vom Landeskriminalamt veranlasste Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung.

## Zahl der Angriffe auf Büros unvermindert hoch

Auch im Jahr 2011 sind Büros von Landtagsabgeordneten und Parteien mehrfach politisch motivierten Angriffen ausgesetzt gewesen. Auf eine Anfrage von Martina Renner, teilte die Landesregierung mit, dass ihr 24 Fälle bekannt sind, von denen 19 den Bereich der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet werden. Nicht in einem Fall konnten die Täter ermittelt werden.

Die Partei DIE LINKE und ihre Abgeordnetenbüros waren wiederum überdurchschnittlich von den Anschlägen betroffen. So richteten sich elf der politisch motivierten Straftaten gegen ihre Büros. Von den zehn

als nachgewiesen rechtsextrem motivierten Anschlägen richteten sich allein acht gegen LINKE-Einrichtungen.

„Die Tatsache, dass politisches Engagement gegen Rechtsextremismus demokratische Politiker und deren Büros zur Zielscheibe rechtsextremer Straf- und Gewalttaten macht, ist besorgniserregend. Das dahinter stehende Ziel, antifaschistische Politiker mit Gewaltaktionen zu bedrohen und einschüchtern zu wollen, ist offenkundig. Die Sicherheitsbehörden sind gefordert, diese Anschläge nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, sondern konsequent die Aufklärung der Straftaten und die Ermittlung der Täter voranzutreiben. Dessen ungeachtet bietet ein breites gesellschaftliches und solidarisches Engagement nicht nur gegen Straftäter, sondern auch gegen neonazistische Einstellungen, den besten Schutz politisch und demokratisch Engagierter“, so Martina Renner.



Neu erschienen: Das Buch „It's the Internet, stupid! Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts“ (VSA-Verlag).

Sechs Beiträge sind komplett oder teilweise in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag entstanden. Bodo Ramelow, einer Herausgeber des Buches, hat einen Beitrag zum Verhältnis von Internet und Demokratie beigetragen. André Blechschmidt, medienpolitischer Sprecher, betont den Zusammenhang von Medienkompetenz und Demokratieerziehung.

Stefan Wogawa, Internetredakteur der Linksfraktion, hebt in seinem Beitrag zum Cyberwar die traditionell enge Verbindung von Informationstechnik und Militär hervor. Gemeinsam mit Paul Well-sow, Referent für Grundsatzfragen, analysiert er die Aktivitäten der Fraktion im Web 2.0 als Beispiel für eine moderne politische Kommunikation angesichts der Wandlungsprozesse der Medienlandschaft. (na)

Bodo Ramelow u.a. (Hg.): It's the Internet, stupid! Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2012, 152 S., ISBN 9783899654707, 14,80 EUR



Landtagsabgeordnete und weitere Thüringer Vertreter der LINKEN, unter ihnen Martina Renner, Gudrun Lukin, Anke Hofmann, Knut Korschewsky, Jörg Kubitzki, bei der Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden.

## FRAKTION IN AKTION



Immer wieder waren Vertreter der LINKEN - hier mit Thüringer und mit hessischen Landtagsabgeordneten im vergangenen Jahr - an Protestaktionen gegen die Kali-Laurenverpressung durch das Unternehmen K+S beteiligt.

## Zum „Monte Kali“

Am 5. März treffen sich die umwelt- und energiepolitischen Sprecher der LINKEN aus den Landtagen und dem Bundestag in Gerstungen. Am Fuße des „Monte Kali“ soll das Thema: „Umweltschäden durch den Kali-Bergbau“ besprochen werden. Wesentlich werden die Probleme sein, die sich aus der Laugenverpressung und der Aufhaltung von Ab-raumsalzen in Thüringen, Hessen und weiteren Bundesländern ergeben. Zu diesem Themenschwerpunkt sind Vertreter der örtlichen „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Werratal“, der Bürgermeister von Gerstungen, Werner Hartung, und der Vorsitzende der Werra-Weser-Anrainerkonferenz e. V., Walter Hölzel, sowie der BUND Thüringen eingeladen, um mit den Abgeordneten zu diskutieren. Bereits am Vortag soll es einen Ausflug zum „Monte Kali“ geben.

## Inhumane Vorschrift

„Die Landesregierung hält weiter an einer – das verfassungswidrige Asylbewerberleistungsgesetz noch restriktiver als vorgeschrieben auslegenden – inhumanen Verwaltungsvorschrift fest, unterstützt durch CDU und SPD“, so MdL Sabine Berninger, die besonders die laviierende Position der SPD-Fraktion in der Flüchtlingspolitik empört. „Man kann nicht Ärzten mit dem moralischen Zeigefinger drohen, aber gleichzeitig im eigenen Verantwortungsbereich jegliche Handlungsnotwendigkeit von sich weisen und an Rechtsregelungen festhalten wollen, die gegen den ärztlichen Kodex verstoßen.“ Diese seien doch dafür verantwortlich, dass Flüchtlinge keine Behandlungsscheine von Sozialämtern erhalten und gar nicht mehr bei dem für die notwendige Behandlung fachlich zuständigen Arzt vorsprechen könnten.